

Za dom – spremni!«, »Für die Heimat – bereit!« Unübersehbar prangt der traditionelle Gruß der kroatischen Ustascha-Faschisten auf der schwarzen Flagge, die über der Gedenkstätte im österreichischen Bleiburg im Wind flattert. Es ist Samstag, der 14. Mai 2016. Mehr als zehntausend Kroaten haben sich an dem Ort unweit der Grenze zu Slowenien versammelt, um wie jedes Jahr des »Massakers von Bleiburg« zu gedenken, bei dem zahlreiche Ustascha-Kämpfer und andere Nazikollaborateure Mitte Mai 1945 von der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee getötet worden waren. Seit Jahrzehnten findet die Gedenkfeier statt. Zuweilen erhält sie größere Aufmerksamkeit. Neben den üblichen Verdächtigen, einschlägig bekannten Ustascha-Anhängern etwa oder kroatischen Kriegsverbrechern aus den jugoslawischen Zerfallskriegen der 1990er Jahre, ist seit geraumer Zeit immer wieder politische Prominenz zugegen. In diesem Jahr hat sogar Kroatens Kulturminister Zlatko Hasanbegovic es sich nicht nehmen lassen, höchstpersönlich an die Ehrung getöteter kroatischer Faschisten teilzunehmen, und auch Tomislav Karamarko, Präsident der Zagreber Regierungspartei Hrvatska Demokratska Zajednica (Kroatische Demokratische Union, HDZ) war bei der Gedenkfeier anwesend, die zu fördern das kroatische Parlament zu Jahresbeginn beschlossen hatte.

Szenenwechsel: Budapest, Ecke Üllői út/Páva utca, nur ein paar Meter vom Holocaust-Museum entfernt. Es ist Mittwoch, der 24. Februar 2016. Zum Gedenken an György Donáth, einen Politiker, der 1947 zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde, soll eine Statue enthüllt werden. Donáth sei ein »Martyrer«, er verdiene eine Ehrung, sagt Gergely Gulyás, einer von vier Vizepräsidenten der Regierungspartei Fidesz, der gemeinsam mit Péter Boross gekommen ist, um bei der Zeremonie eine Rede zu halten. Boross ist, anders als Gulyás, nicht mehr im politischen Betrieb Ungarns aktiv, amtierte allerdings von Dezember 1993 bis Juli 1994 als Ministerpräsident und gehörte noch bis 2009 dem ungarischen Parlament an. Donáth, der geehrt werden soll, hat seit Ende der 1930er Jahre verschiedenen Organisationen ungarischer Nazis angehört und von 1943 bis 1944 eine faschistische Zeitschrift herausgegeben. Er war – von 1939 bis 1944 sogar als Parlamentsabgeordneter – ein fanatischer Befürworter antisemitischer Gesetze, die den Nürnberger Rassengesetzen nachempfunden waren. Die Enthüllung seiner Statue endet im Eklat: Rund hundert Personen demonstrieren lautstark gegen die Ehrung für den Nazikollaborateur, Gulyás und Boross ziehen unverrichteter Dinge wieder ab. Die Statue wird nach wenigen Tagen entfernt, vermutlich von einem der Organisatoren, der um ihre Unversehrtheit fürchtet. Dennoch: Für das Gedenken an Donáth hat sich ein Stellvertreter des Fidesz-Vorsitzenden Viktor Orbán stark gemacht. Gegen den Willen des allmächtigen Partei- und Regierungschefs wäre das kaum denkbar gewesen.

Eine Welle des Geschichtsrevisionismus erfasst diverse EU-Länder und solche, die mit der EU verbunden sind. Keines der oben beschriebenen Ereignisse ist ein peinlicher Einzelfall gewesen, alle reißen sich ein in eine Vielzahl ähnlicher Ehrungen für Nazikollaborateure, in allen betreffenden Ländern sind einflussreiche Politiker involviert. Und überall dort erstickt der Revisionismus in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Milieus. Zuletzt konnte man das bei der Fußball-EM beobachten, bei der kroatische Fans Ustascha-Lieder anstimmten und ein ungarischer Hool seinen Arm zum Hitlergruß erhob. Wie ist es zu diesem Wiederaufleben der faschistischen Vergangenheit gekommen? Ein Blick zurück in die jüngere Geschichte zeigt: Auf die eine oder andere Weise sind solche Strukturen und dahinterstehende politische Konzepte, die sich auf mit den Nazis zusammenarbeitenden Kräfte berufen oder in deren Nachfolge stehen, von den westlichen Mächten, allen voran von der Bundesrepublik, zu außenpolitischen Zwecken instrumentalisiert und gefördert worden. Heute ernten also die Länder, in denen der Revisionismus grassiert, was insbesondere Deutschland wenn nicht gesät, so doch fleißig genährt und gefördert hat.

Kroatien: Ustascha-Kult

Zum Beispiel Kroatien. Dass die Ustascha-Tradition nie abgebrochen ist, verdankt sich auch der Bundesrepublik Deutschland. Ehemalige Funktionäre der kroatischen Faschisten konnten hier im Kalten Krieg überwintern und ihre politischen

Aktivitäten fortsetzen – teilweise sogar mit staatlicher Förderung. Branimir Jelic etwa, einer der frühesten Aktivisten, der sich sogar rühmte, der »eigentliche« Gründer der Ustascha gewesen zu sein, leitete nach dem Zweiten Weltkrieg das in München ansässige Kroatische Nationalkomitee, das zeitweise von Theodor Oberländers Vertriebenministerium gefördert wurde. Ustascha-Angehörige genossen in der BRD Freiräume, die es ihnen in den 1960er und 1970er Jahren gestattet, dort regelrechten Terror gegen ihre Gegner zu entfachen; sie verübten zahlreiche Mordanschläge auf Jugoslawen. Bundesdeutsche Stellen sind auch tätig geworden, als in Kroatien selbst ein krasser Revisionismus erstarkte. Dieser war vor allem mit Franjo Tudjman verbunden, der sich in den 1980er Jahren unter anderem damit hervortat, die Zahl der Opfer im kroatischen Konzentrationslager Jasenovac herunterzurechnen. Laut dem Geheimdienstexperten Erich Schmidt-Eenboom ist der Bundesnachrichtendienst (BND) daran beteiligt gewesen, in der Bundesrepublik eine Pressekampagne zu Tudjmans Freilassung zu initiieren, als dieser eine Haftstrafe wegen seiner nationalistisch-revisionistischen Agitation absaß.

Dass die Bundesrepublik Nazikollaborateure und Revisionisten protegierte, folgte einem einfachen politischen Kalkül: Bonn bemühte sich um Kräfte, mit denen man bei Bedarf die Lunte an die sozialistischen Staaten Ost- und Südosteuropas legen konnte. Als es dann soweit war, wurde sie angezündet: Am 23. Dezember 1991 preschte die Bundesregierung mit der Anerkennung des kroatischen Staates vor. Deutsche Unterstützung im Sezessionskrieg sicherte dem Revisionisten Tudjman die Macht. Der spätere Präsident Kroatiens, der zur Unterstützung alte Ustascha-Aktivisten aus dem Exil ins Land holte und ihnen staatliche Funktionen übertrug, stärkte auch sonst, um die volle Kampfkraft gegen Belgrad zu mobilisieren, positive Bezüge auf die alte Traditionen. Schon während des Krieges erlebten unter den kroatischen Frontkämpfern Lieder der Faschisten, der Gruß »Za dom – spremni!« und anderes Brauchtum aus der Ära des Zweiten Weltkriegs eine neue Blütezeit. Tausende Denkmäler, die an den antifaschistischen Kampf oder an die Opfer der Faschisten erinnerten, wurden zerstört oder zumindest beschädigt. Dafür wurden Straßen und Plätze nach alten Ustascha-Größen benannt. »Die ›Reinigung‹ und Klitterung der eigenen Geschichte hat Eingang in die Schulbücher gefunden, ist im Bewusstsein von weiten Teilen der Öffentlichkeit in Kroatien stark verankert«, hielt der Journalist Gregor Mayer im Jahr 2010 fest: Die »Manipulationen des Staatsgründers« Franjo Tudjman hätten »ein Geschichts- und Gesellschaftsbild ›salonfähig‹ gemacht, »auf das sich Rechtsradikale und Neonazis bis heute berufen können«. Und so kommt es, dass im Mai an der Ehrung von Nazikollaborateuren in Bleiburg unter anderem Kulturminister Zlatko Hasanbegovic teilnahm. Hasanbegovic übrigens, der einst der faschistischen Partei HCSF (Hrvatska Cista Stranka Prava, Kroatische Reine Rechtspartei) angehörte, hat 1996 Beiträge für eine Publikation namens Nezavisna Država Hrvatska (»Unabhängiger Staat Kroatien«) verfasst. Denselben Namen trug der 1941 gegründete kroatische Marionettenstaat der Deutschen.

Ungarn: Völkische Politik

Zum Beispiel Ungarn. Auch im ungarischen Falle konnten Nazikollaborateure nach 1945 auf Unterschlupf in der Bundesrepublik hoffen. »Deutschland, vor allem sein südlicher Raum«, sei »für die ungarische Exilwelle von 1947 – ein buntes Gemisch vor allem aus Vertretern von Horthy- und Szálasi-Regime« sowie einfachen »Mitgliedern der Pfeilkreuzlerpartei« – ein »wichtige[s] Fluchtland« gewesen, stellte der Literaturwissenschaftler Hans-Christian Trepte im Jahr 2004 fest. Unter den Emigranten befanden sich prominente Handlanger des deutschen Faschismus wie Thomas von Bogyay, Exministerialsekretär aus dem Kulturministerium des Pfeilkreuzler-Regimes, oder der völkische Schriftsteller Jozsef Nyiro. Von Bogyay war zunächst für den CIA-finanzierter Sender *Radio Free Europe* tätig, bevor er 1962 das vom Freistaat Bayern kofinanzierte Ungarische Institut München gründete. Nyiro wiederum wurde 1948 Vorsitzender des in



Heute wieder offen verehrt. Eine Statue des faschistischen »Reichsverwesers« von Ungarn, Miklós Horthy (1868-1957), vor der Enthüllung am 3. November 2013 in Budapest

Verehrte Faschisten

In Osteuropa wird die Geschichtsschreibung revidiert. In vielen Ländern wird feierlich derer gedacht, die im Zweiten Weltkrieg mit den Nazis kollaboriert haben. Die BRD hat den Revisionismus nach Kräften gefördert. Von Jörg Kronauer



»Za dom – spremni!«, »Für die Heimat – bereit!« Der traditionelle Gruß der kroatischen Ustascha bei einer Veranstaltung im österreichischen Bleiburg am 14. Mai 2016. Anhänger gedenken der kroatischen Faschisten, die im Mai 1945 von der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee getötet worden waren. Unter den Teilnehmenden waren auch Mitglieder der Regierung in Zagreb

München ansässigen Ungarischen Kulturbundes (Magyar Kulturális Szövetség). Im Falle Ungarns haben sich wichtige aktuelle Bezüge zur Nazikollaboration allerdings auf dem Umweg über völkische Politikmodelle ergeben, die auf dem Konzept beruhen, gleichsprachige Minderheiten im Ausland für die eigene Machtpolitik einzuspannen. In den 1920er und den 1930er Jahren bemühten sich das Deutsche Reich und Ungarn parallel, die besiedelten Gebiete der »Auslandsdeutschen« respektive der »Auslandsungarn« dem »Mutterland« anzuschließen. Das Münchner Diktat vom 30. September 1938 setzte das Konzept um: Während das Deutsche Reich sich die Okkupation der »Sudetengebiete« anmaßte, genehmigte es in einem Zusatzprotokoll Ungarn die Besetzung der ungarischsprachigen Südslowakei. Mit dem Zweiten Wiener Schiedspruch vom 30. August 1940 gewann Budapest auf Druck des Deutschen Reichs schließlich auch noch die ungarischsprachigen Teile Rumäniens hinzu.

Anknüpfend an die frühere gemeinsame »Volksgruppen«-Politik hat die BRD bereits in den 1980er Jahren ihre Führer nach Ungarn ausgestreckt. Nach entsprechenden Vorbereitungen ab der ersten Hälfte der 1980er Jahre unterzeichneten Bonn und Budapest am 7. Oktober 1987 eine gemeinsame Erklärung, die die »Förderung der deutschen Minderheit und der deutschen Sprache in der Republik Ungarn« vorsah. Warum ließ die ungarische Regierung sich auf eine völkische Politik dieser Art ein? Sie habe gehofft, ihr »gute[s] Beispiel« könne »in den Nachbarländern Nachahmung finden«, also den ungarischsprachigen Minderheiten in der Tschechoslowakei und in Rumänien ebenfalls Sonderrechte bringen, erläuterte im Jahr 2002 der Kölner Ostrechtler Georg Brunner. Wohl schon die herausziehenden Umbrüche im Blick, spielte Budapest mit der Idee, sich über die Minderheiten in den Nachbarstaaten stärkeren Einfluss zu verschaffen – genau so, wie es etwa die Bundesrepublik mit deutschsprachigen Minoritäten im Ausland versuchte. Und um die Durchsetzung völkischer Minderheitenrechte in Europa zum eigenen Nutzen zu fördern, preschte Ungarn weiter vor, erklärte am 28. März 1990 per Parlamentsbeschluss die Umsiedlung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg für illegal, sprach ihnen 1992 eine kleine Entschädigung zu, baute seine Kooperation mit dem Bund der Vertriebenen (BdV) aus, deklarierte Ende 2012 den 19. Januar zum Gedenktag an die »Vertreibung der Ungarndeutschen« und verlieh BdV-Präsidentin Erika Steinbach am 18. November 2014 den ungarischen Verdienstorden. Ministerpräsident Viktor Orbán verschaffte im Jahr 2010 den Angehörigen der ungarischsprachigen Minderheiten in den Nachbarstaaten Zugang zur ungarischen Staatsbürgerschaft. Bereits an der Parlamentswahl am 6. April 2014 konnten sich Berichten zufolge mehr als eine halbe Million »Auslandsungarn« beteiligen.

Im Kielwasser der zunehmend völkisch orientierten ungarischen Außenpolitik sind – vor allem seit Orbáns zweitem Amtsantritt im Jahr 2010 – auch eine völkisch orientierte Innenpolitik und mit ihr zugleich der Revisionismus deutlich erstarkt. Schriftsteller wie Jozsef Nyiro fanden Eingang in die Lehrpläne der Schulen und wurden öffentlich geehrt. Im Frühjahr 2012 provozierte Parlamentspräsident László Kövér einen Skandal, als er ankündigte, die Gebeine des Goebbels-Bewunderers Nyiro in dessen heute in Rumänien liegenden Geburtsort überführen zu wollen. Die Regierung in Bukarest untersagte das, konnte jedoch nicht verhindern, dass Kövér bei einer ersatzweise abgehaltenen Gedenkveranstaltung die »spirituelle Kraft« von Nyiros antisemitischen Machwerken lobte und empfahl, sie Kindern zu lesen zu geben. Offen geehrt wird in Ungarn heute nicht nur der mit dem Naziregime verbundene faschistische »Reichsverweser« Miklós Horthy, nach dem etwa der einstige »Freiheitsplatz« in Gyömrö nahe dem Budapester Flughafen umbenannt worden ist. Gyula Gömbös, unter Horthy zeitweise Ministerpräsident und einer der mächtigsten Parteigänger der Nazis im Land, wurde 2010 zum Ehrenbürger der südostungarischen Stadt Orosháza ernannt. Ende des letzten Jahres plante die von Orbáns Partei Fidesz regierte Stadt Székesfehérvár sogar, ein

Denkmal für Bálint Hóman zu errichten. Der wirkte unter Horthy lange Jahre als Kultur- und Religionsminister und verantwortete als solcher antisemitische Gesetze und Maßnahmen. 1944 und 1945 betätigte er sich als Berater der Pfeilkreuzler-Regierung unter Ferenc Szálasi. Nur massiver Druck aus den USA konnte die Errichtung des Denkmals verhindern. Die aus dem Fidesz heraus unterstützte Aufstellung der Donáth-Büste in Budapest ist lediglich der jüngste, sicherlich nicht der letzte Ausdruck einer virulenten öffentlich betriebenen ungarischen Revisionismus gewesen.

Baltikum: Gedenken an Waffen-SS

Zum Beispiel Baltikum. Auch aus Estland, Lettland und Litauen flohen gegen Ende des Zweiten Weltkriegs zahlreiche Nazikollaborateure nach Deutschland, viele zogen weiter nach Nordamerika, insbesondere in die USA. Staatliche Stellen dort wie in der Bundesrepublik behielten ihre Exilorganisationen und -persönlichkeiten stets im Blick in der Hoffnung, sie gegen die Sowjetunion in Stellung bringen zu können. Ein Beispiel ist der Litauer Valdas Adamkus. 1926 in Kaunas geboren, begann er mit 14 Jahren gegen die Sowjetunion zu kämpfen und zog sich schließlich 1944 vor der vorrückenden Roten Armee nach Deutschland zurück. 1949 emigrierte er weiter in die Vereinigten Staaten. Dort diente er zunächst beim Militärgeheimdienst, bevor er eine Anstellung bei der US-Umweltbehörde EPA (Environmental Protection Agency) erhielt. Stets war er in der litauischen Exilcommunity aktiv, agitierte für ein »freies Litauen« und gegen die Sowjetunion. Nach den Umbrüchen der Jahre 1990/91 kehrte er nach Litauen zurück und machte Karriere in der Politik. Von 1998 bis 2009 amtierte er mit einer kurzen Unterbrechung als Staatspräsident. Er ist nicht der einzige aus den alten baltischen Staaten der Zwischenkriegszeit gewesen, der nach 1990 in seinem Herkunftsland wieder Einfluss gewann – und im gemeinsamen Kampf gegen russischen Einfluss zuverlässig auf Unterstützung auch aus der Bundesrepublik setzen konnte.

Dabei hat es in Bonn und später in Berlin niemandem gestört, dass mit dem Rückbezug auf das Baltikum der Zwischenkriegszeit politische Kräfte der äußersten Reaktion positiv umgewertet wurden. Das gilt für Litauen, wo der Gründungspräsident des 1918 ausgerufenen Staates, Antanas Smetona, heute Verehrung genießt; sein Denkmal steht vor dem ehemaligen Präsidentenpalast in Kaunas. Dass er 1926 geputscht hatte, um einen Sturz nach dem Vorbild des faschistischen Italien aufzubauen, interessiert in Deutschland nicht. Ähnlich in Estland. Dort wird Konstantin Päts, Ministerpräsident der provisorischen Regierung des Jahres 1918, hochgeschätzt, wobei es keine Rolle spielt, dass er 1934 ein diktatorisches Regime errichtete. Mit Karlis Ulmanis, dem 1918 ins Amt gelangten ersten lettischen Ministerpräsidenten, verhält es sich genauso. Er betrieb eine antisemitische Politik, herrschte seit 1934 ebenfalls diktatorisch und orientierte Lettland Schritt für Schritt auf das Nazireich. Als 2003 in der Hauptstadt Riga ein Denkmal für ihn enthüllt wurde, beehrte der damalige Ministerpräsident Einars Repše die Zeremonie mit seiner Anwesenheit. Und nicht nur das. Notorisch sind die Aufmärsche, die SS-Veteranen jährlich durchführen. In Lettland kollaborierten im Zweiten Weltkrieg rund 100.000 Männer – bei einer Gesamtbevölkerung von 1,9 Millionen Menschen – in Waffen-SS, Polizei und anderen Verbänden mit den Deutschen. In Estland waren es rund 60.000 Männer bei einer Gesamtbevölkerung von 1,2 Millionen. Sie werden heute in jährlichen Aufmärschen geehrt, in Lettland etwa mit dem »Tag der Legionäre«, der zuletzt am 16. März 2016 abgehalten wurde. An ihm nehmen regelmäßig Mitglieder des Wahlbündnisses »Nationale Vereinigung« teil, das in der aktuellen lettischen Regierung drei Minister stellt. Im vergangenen Jahr erklärte der damalige Staatspräsident Andris Bērziņš, man schulde den SS-Veteranen, die für ein »unabhängiges Lettland« gekämpft hätten, »Respekt«. In diesem Jahr schoben die lettischen Behörden Aktivisten der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), die friedlich

gegen den SS-Aufmarsch protestieren wollten, nach Deutschland ab. Im »Okkupationsmuseum« in der lettischen Hauptstadt Riga werden die Angehörigen der Waffen-SS umstandslos als »Freiheitskämpfer« eingestuft.

Ukraine: Ehrung für Nazikollaborateure

Zum Beispiel die Ukraine. Ukrainische Nazikollaborateure fanden ebenso wie kroatische, ungarische, baltische und viele andere in der Bundesrepublik und in Nordamerika Asyl. Auch sie hielt man sich warm, um sie gegen die Sowjetunion in Stellung bringen zu können. Eine von ihnen war Jaroslawa Stezko, ab 1938 in der faschistischen OUN, dann in deren militärischem Arm, der UPA, aktiv und nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik in der Exil-OUN mit von der Partie. Noch heute erinnert in der Münchner Zepplinstraße 67 eine ehrende Gedenktafel an sie. Stezko ging 1991 wieder zurück in die Ukraine und schuf für die dort verbliebenen nationalistischen Milieus mit dem am 18. Oktober 1992 gegründeten Kongress Ukrainischer Nationalisten (KUN) eine in expliziter Nachfolge zur OUN stehende politische Partei. Sie ist nur ein Beispiel dafür, wie die Bundesrepublik auch im Falle der Ukraine half, alte Strukturen von Anhängern der deutschen Faschisten aus strategischen Gründen – es ging gegen die Sowjetunion – über den Kalten Krieg zu retten. Dass im Westen der Ukraine seit den 1990er Jahren die Denkmäler für den im Münchner Exil ermordeten OUN-Führer Stepan Bandera aus dem Boden schossen, dass der OUN- und UPA-Kult um sich griff, das ist spätestens Ende 2013 international bekannt geworden, als Anhänger der alten Kollaborateure auf dem Majdan-Platz eine wichtige Rolle spielten: Man kämpfte ganz wie damals gegen Moskau.

Nebenbei: Die Bundesrepublik hat nicht nur das Exil ukrainischer Kollaborateure ermöglicht; sie hat deren Nachfolger auch direkt zum Sturz der Regierung in Kiew genutzt. Als im Frühjahr 2013 erste Massenproteste gegen die Regierung Janukowitsch organisiert wurden, empfing der deutsche Botschafter in Kiew, Christof Weil, den Vorsitzenden der Partei Swoboda, Oleg Tjagnibok, am 29. April zum Gespräch. Thema sei auch ein eventueller Sturz der Regierung gewesen, berichtete Tjagnibok anschließend. Seine Partei Swoboda steht in der Tradition der OUN. Seit dem Umsturz in Kiew ist auch dort eine Neubewertung der Kollaboration im Gang, ganz wie in Kroatien, Ungarn und den baltischen Staaten. Jährlich wird am 14. Oktober, dem Gründungsdatum der UPA, der »Tag des Verteidigers der Ukraine« begangen. Im April hat das ukrainische Parlament die Faschisten von OUN und UPA offiziell zu »Kämpfern für die ukrainische Unabhängigkeit« erklärt. Im Juni 2015 hat das Bildungsministerium die Lehrer aufgefordert, in der Schule »den Patriotismus und die hohe Moral der Aktivisten der Befreiungsbewegung zu betonen«. Mit »Befreiungsbewegung« sind die einheimischen Unterstützer der deutschen Besatzer im Zweiten Weltkrieg gemeint.

Ein Zufall ist es nicht, dass der Revisionismus in so vielen Staaten Ost- und Südosteuropas boomt. Er erstickt vor allem dort, wo die Bundesrepublik und andere westliche Mächte im Kalten Krieg auf ehemalige Nazikollaborateure zurückgreifen konnten, um ihren Kampf gegen die Sowjetunion respektive gegen Jugoslawien zu führen, und wo diese Kräfte nach den Umbrüchen von 1990/91 politisch Fuß fassen oder wo zumindest ihre politischen Konzeptionen verankert werden konnten wie in Ungarn. Wenn in Kroatien Ustascha-Faschisten, in Ungarn Pfeilkreuzler, im Baltikum Angehörige der Waffen-SS und in der Ukraine OUN-Anführer heute neue Verehrung genießen, dann ist das auch eine Folge der bundesdeutschen Politik.

■ Jörg Kronauer schrieb an dieser Stelle zuletzt am 22.4.2016 zur China-Politik der Bundesregierung.

■ Lesen Sie am Montag auf den fW-Themeseiten:

Das Elend der Philosophie. Über Louis Althusser

Von Werner Seppmann